Netzwerk soll Mensch in den Mittelpunkt stellen

PFLEGE Sozialministerin Dr. Carola Reimann zu Besuch in Hage – Vision einer zukünftigen ambulanten Versorgung

Das Info- und Beratungszentrum Kompass24 ist ein erster Schritt für mehr Selbstbestimmung älterer Menschen.

Nach dem Arbeitsessen besuchte die Sozialministerin (M.) die Senioren-Wohngemeinschaft „Zum Anker“, die sich über dem Heimathafen in Hage befindet. FOTOS: WALTHER

Heinrich de Vries erläuterte die Projektinhalte, die bereits zum kleinen Teil im Beratungszentrum Kompass24 angeboten werden.

HAGE/CWA – Großer Bahnhof gestern Mittag an der Hager Hauptstraße. Nach und nach treffen immer mehr aktive und ehemalige Amts- und Mandatsträger vor dem Heimathafen ein, darunter der Landtagsabgeordnete Matthias Arends, Landrat Harm-Uwe Weber, Samtgemeindebürgermeister Johannes Trännapp sowie der ehemalige Bundestagsabgeordnete Jann-Peter Janssen. Der Grund für das Schaulaufen sitzt in einer großen schwarzen Limousine, die überpünktlich auf der anderen Straßenseite hält. Niedersachsens Sozialministerin Dr. Carola Reimann ist auf Rundfahrt entlang der Küste und macht für gut 90 Minuten Halt in Hage.

Die Einladung zum Besuch des Pflege- und Betreuungszentrums (PBZ) mit seinen dazugehörenden Einrichtungen Heimathafen, Kompass24 und Zum Anker hat einen ernsten Hintergrund, den Geschäftsführer Heinrich de Vries nach dem obligatorischen Gruppenfoto vor dem Hauseingang beim Mittagessen vorstellt. Da ist zum einen Projekt A. Dieses betrifft den beabsichtigten An- und Umbau des Helenenstifts. Gleichzeitig soll das Gebäude auch nach modernen Maßstäben saniert werden.

So gibt es derzeit im Hauptgebäude des Helenenstifts ausschließlich stationäre Bereiche. Die Flure des ehemaligen Krankenhauses sind dunkel und lang und bieten eine eher kühle Wohnatmosphäre für die Bewohner. Das soll sich aber in absehbarer Zeit ändern, wenn der südliche Gebäudeteil für ein ambulant betreutes Wohnen umgestaltet wird. „Wir wollen hier nach dem Muster der Senioren-Wohngemeinschaft ‚Zum Anker’ vier Wohneinheiten schaffen, bei dem die Menschen einen individuellen Rückzugsort sowie gemeinsame Wohnräume nutzen können“, erklärt PBZ-Geschäftsführer de Vries die Idee. Das Angebot soll sich an der erst im Dezember 2018 eröffneten Senioren-WG orientieren, die bei den Bewohnern bestens angenommen wird.

Bewohnerzimmer als primärer Schlafbereich mit Rückzugsmöglichkeit – im Zentrum der Senioren-WG eine gemeinsam genutzte Küche mit Essbereich und Wohnzimmer. „Jede dieser Wohngemeinschaften wird über maximal zwölf Zimmer verfügen, sodass die Gruppen eine angenehme Größe behalten“, sagt de Vries. Pflegeleistungen werden nach individuellem Bedarf erbracht und die Organisation sowie Betreuung der Bewohner übernimmt eine Präsenzkraft. Durch die Integration der Bewohner in die alltäglichen Aufgaben ist es möglich, sich je nach Fähigkeit aktiv oder passiv mit einzubringen und somit an der Normalität des Alltags teilzuhaben.

Deutlich umfangreicher stellt sich das zweite Programm dar, das Projekt B. Dabei geht es nicht um bauliche Veränderungen, sondern der Schaffung eines Hilfe-Netzwerks, bei dem der Mensch im Mittelpunkt steht. „Prävention vor Rehabilitation“ nennt de Vries die Vision einer zukünftigen ambulanten Versorgung und er trifft damit bei der Ministerin genau ins Schwarze. An einem Beispiel verdeutlichte Tanja Frerichs, stellvertretende Pflegedienstleiterin, das derzeitige Problem. Eine ältere Person lebt selbstbestimmt in der eigenen Wohnung und stürzt unglücklich. Durch die Folgen des Unfalls muss diese in stationäre Pflege kommen und lebt ab diesem Zeitpunkt an fremdbestimmt – sprich der Gesetzgeber, die Kranken- und Pflegekassen sagen, wie der Alltag der Seniorin auszusehen hat.

Genau hier setzt das Pilotprojekt an. Durch die frühzeitige Kontaktaufnahme mit älteren Menschen, aber auch mit deren Verwandten sollen die Wünsche und Vorstellungen nach einem angenehmen Lebensabend abgeklärt werden. „Wir wollen im Vorfeld soziale Kontakte ermöglichen, Familien aufklären und in den Prozess integrieren“, erläutert Frerichs. „Der Mensch soll in seinem häuslichen und sozialen Umfeld bleiben, was wiederum auch den ambulanten Pflegekräften frühzeitig bekannt ist.“

Besonders kritisch sieht Tanja Frerichs den zumeist ungeplanten Umzug aus dem eigenen Zuhause in ein Pflegeheim. „Die Menschen verabschieden sich von ihrem bisherigen Leben“, sagt Frerichs. „Sie geben das Zuhause auf, verlieren Freunde und Nachbarn, ihr bekanntes Mobiliar, eventuelle Haustiere und das gewohnte Lebensumfeld.“ Dieser gravierende Schritt lässt sich zumindest zum Teil besser auffangen, wenn im Vorfeld die Wünsche des Betroffenen bekannt sind und entsprechende Vorkehrungen getroffen seien.

Durch präventive Maßnahmen, zu denen auch das Vereinsleben, die Teilnahme an Fortbildungen, das Engagement in der Kirche und vieles mehr gehört, soll ein Netzwerk entstehen, das es den älteren Menschen erlaubt, in schwierigen Situationen selbstbestimmt zu leben und ernst genommen zu werden. „Das ist der Wunsch für alternde Menschen“, sagt Frerichs.

Mittelfristig könnten dadurch sogar deutliche Kosteneinsparungen möglich sein. Das hält Heinrich de Vries für ein realistisches Ziel, denn durch eine bessere Prävention würden weniger stationäre Betreuungs- und Pflegeplätze benötigt werden. „Wir werden dies nicht nach vier Wochen feststellen können, aber nach einem Zeitraum von fünf Jahren sollten handfeste Ergebnisse möglich sein“, so der Geschäftsführer. Und um die Thesen greif- und beweisbar zu machen, will de Vries das Pilotprojekt mit fachlicher Begleitung durch die FH Emden durchführen.

Sozialministerin Reimann zeigte sich angesichts der Tatsache, dass diese Ideen bereits im kleinen Kreis umgesetzt worden sind und auch funktionieren, begeistert von der Idee, fordert aber eine konkrete Ausarbeitung des Projektfahrplans. „Die Idee finde ich gut und ich glaube, dass das funktioniert. Aber nun muss Butter bei die Fische, damit wir damit in Hannover was erreichen können“, so die Doktorin der Biotechnologie.

Reimann nahm auch Hages Samtgemeindebürgermeister Johannes Trännapp in die Pflicht. „Ohne Engagement und Mitwirken der Gemeinde kann ein solches Projekt nicht gelingen.“ Dem pflichtete der Verwaltungschef bei und sagte, dass gerade das Beispiel Heimathafen zeige, wie wichtig ein mutiger Schritt sein kann, um Neues auf den Weg zu bringen. „Der Heimathafen wird von den Bürgern angenommen und geschätzt.“ Daher sehe er auch keine Probleme bei der Umsetzung des Pilotprojekts, im Gegenteil. „Die Akteure sind da, sie müssen von uns nur vernetzt werden.“

Sozialministerin Dr. Carola Reimann (v. l.), PBZ-Geschäftsführer Heinrich de Vries, Landrat Harm-Uwe Weber und Samtgemeindebürgermeister Johannes Trännapp diskutierten über das Für und Wider des vorgestellten Pilotprojekts.